

erstellt am: 24.06.2008

URL: www.rp-online.de/public/article/politik/deutschland/582483/SPD-droht-mit-Atom-Wahlkampf.html

Längere Laufzeiten für Kraftwerke?

SPD droht mit "Atom-Wahlkampf"

Berlin (RPO). Die Debatte um die Energieversorgung in Deutschland gewinnt weiter an Fahrt. Ein Unions-Vorstoß für längere Laufzeiten von Atomkraftwerken sorgt für heftigen Streit in der Großen Koalition. Der stellvertretende SPD-Fraktionschef Ulrich Kelber drohte CDU und CSU mit einem "Atom-Wahlkampf" im kommenden Jahr.

Weiter sagte Kelber, dass CDU und CSU zu einer "Atomsekte" verkommen würden. Wie alle "obskuren, religiösen Sekten" würden die Unionsparteien ein Glaubensmantra vor sich hertragen, sagte der SPD-Politiker der Nachrichtenagentur AP. Ob nun der Benzinpreis steige oder die Gaspreise, immer falle der Union nur ein, die Atomkraftwerke länger laufen zu lassen.

Zuvor hatte der CDU-Wirtschaftspolitiker Laurenz Meyer in der "Bild"-Zeitung seinen Vorschlag wiederholt, mit Gewinnen aus längeren Laufzeiten günstigere Stromtarife für private Haushalte zu finanzieren. "Wir wollen Vorteile für den normalen Arbeitnehmer", sagte Meyer. Die Gewinne aus längeren Laufzeiten sollten dazu dienen, dass alle Haushalte "die ersten 500 Kilowattstunden Strom verbilligt beziehen können".

"Freuen uns auf Atomwahlkampf"

Dagegen sagte Kelber, es sei falsch, von längeren Atomlaufzeiten günstigere Strompreise zu erwarten. Denn derzeit dürften die Meiler ja noch produzieren, und trotzdem stiegen die Preise. Auch Meyers Vorstoß, die Gewinne zur Finanzierung von Sozialtarifen zu verwenden, wies Kelber zurück. Die Atombetreiber hätten dies bereits abgelehnt.

"Damit hat sie sich von jeder seriösen Energie- und Sozialpolitik verabschiedet", sagte Kelber. "Wenn CDU und CSU nichts anderes einfällt, dann freuen wir uns auf einen Atomwahlkampf."

Auch die FDP wies Meyers Vorstoß zurück. "Der Unionsvorschlag einer Kopplung von Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke an die verbilligte Abgabe von Strom ist gefährlicher ordnungspolitischer Unsinn", erklärte FDP-Energieexpertin Gudrun Kopp.

Union will "Entideologisierung" der Debatte

Auch der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Norbert Röttgen, warb für eine Abkehr vom Atomausstieg. Die aktuelle Entwicklung der Energiepreise zwingt zu einer "Entideologisierung" der Debatte. SPD und Grüne hätten sich in der Debatte über die Atomenergie "eingemauert". Wenn man die Kriterien stabile Preise, Klimaverträglichkeit und Sicherheit ernst nehme, gehöre die Kernenergie langfristig zur Energieversorgung.

CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer betonte, es gehe der Union nicht um den Neubau, sondern allein um darum, den 17 bestehenden Atomkraftwerken etwas längere Laufzeiten einzuräumen. Angesichts des Energiebedarfs könne er sich nicht vorstellen, dass Deutschland auf absehbare Zeit auf Kernenergie verzichten könne.

© RP ONLINE GmbH 1995 - 2008

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP ONLINE GmbH

Artikel drucken